

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 22.
Besuchsstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.
Für die Rückgabe ergebener Manuscripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.
Annahme der für die nachfolgende Nummer bestimmten Manuscripte an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.
An den Filialen für Zus. Annahme:
Goldschmidt, Unterwallstraße 22.
Kühn, Rathenburgerstr. 18, p.
nur bis 1/2 8 Uhr.

Abonnementpreis vierteljährlich 4/6, incl. Dringelohn 6 Wk., durch die Post bezogen 6 Wk. Einzelne Nummer 25 Wk. Belegexemplar 10 Wk. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postförderung 36 Wk. mit Postförderung 45 Wk. Inserate 5 Gelp. Zeitungs 20 Wk. Gebühre Schriften laut unserem Preisverzeichnis - Tabellarischen Sach nach höherem Tarif. Inserate unter dem Redactionsdruck die Spaltweite 40 Wk. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. - Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

№ 126.

Dienstag den 6. Mai 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Der diesjährige Leipziger Wollmarkt wird am 16. und 17. Juni abgehalten; es kann jedoch die Aufnahme und Verladung der Wolle in hergebrachter Weise bereits am 15. Juni erfolgen.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Richter.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung des Locals der Rath-Stiftungsbuchhalterei bleibt dieselbe Donnerstag den 8. Mai d. J. geschlossen.
Leipzig, den 6. Mai 1879.
Des Rath's Finanz-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Klempner-, Dachdecker-, Tischler-, Glaser- und Schlosser-Arbeiten zu dem Neubau einer Schule sollen je mit Einschluß der Materialien im Wege der Submission unter Vorbehalt der Auswahl und der Entschließung in der Sache an Unternehmer vergeben werden.
Die Autographen, Pläne und Ausführungsbestimmungen liegen bei Herrn Architekt G. North in Leipzig, Pommitzschstraße Nr. 5, zur Einsicht bereit und können dort in Empfang genommen werden.
Die Offerten sind unterschrieben, versiegelt und portofrei und mit der Aufschrift „neue Schule zu Sonnenwig“ und Bezeichnung der betreffenden Arbeit versehen, bis spätestens den 16. Mai a. c. Abends 5 Uhr im Gemeinde-Rathe abzugeben.
Sonnenwig, am 3. Mai 1879.
Der Schulvorstand.
Gem.-Vorstand Beege, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Zum 8. Simon d. i. Sonntag den 25. Mai c., als dem Todestage des Herrn Schape Pränkel soll die Hälfte der Rinsen der Schape und Sara Pränkel-Stiftung an einen würdigen, nicht durch eigene Schuld bedürftig gewordenen, in Leipzig wohnhaften älteren, womöglich über 60 Jahre alten Mann, ohne Unterschieb der Confession, des Berufs u. s. w. vergeben werden.
Wir fordern geehrte Bewerber hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum 10. Mai c. bei uns einzureichen.
Leipzig, den 24. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Die Anlieferung und Verlegung der Granitstufen (Länge der Fußwege des Gerichtsvorges zwischen Landthor und Hospitalstraße, sowie die Anlieferung und Verlegung der Granittrötroirplatten des südlichen Fußweges) sollen an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bekanntmachung ist mit der Aufschrift: „Granittrötroirs im Gerichtsvorge betreffend“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 10. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 24. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Constitutionelle Garantien.

J. L. C. Berlin, 4. Mai. Nichts ist für die Unklarheit der gegenwärtigen Situation bezeichnender, als die wunderlichen Gerüchte, welche in der Presse über Compromißverhandlungen zwischen der Regierung und der national-liberalen Fraction umlaufen. Schon die Tatsache, daß Verhandlungsversuche nicht eher gemacht werden können, als bis man sich gegenseitig ausgesprochen hat, sollte das Gerüchte über derartige Verhandlungen noch vor dem Beginn der ersten Beratung der Zoll- und Steuerfragen als leere Combination erkennen lassen. Dazu kommt, daß die Frage, von welcher in diesen Verhandlungen vorzugsweise geredet wird, die Frage der constitutionellen Garantien im Grunde genommen Gegenstand eines Compromisses überhaupt nicht sein kann. Es handelt sich darum, daß in der alljährlichen Feststellung der Matricularbeiträge vom Reichstage geübte Einnahmeverweigerungsrecht aufrecht zu erhalten bzw. in anderer Form vollständig zu ersetzen. Diese Forderung kann man nur annehmen oder ablehnen; „compromittiren“ läßt sich über sie nicht. Ein Anderes ist es, sich über die Modalitäten ihrer Erfüllung zu verständigen - Modalitäten, die man sich sehr verschieden denken kann. Hierüber bereits jetzt einen bestimmten Plan aufzustellen, geschweige denn eine verbindende Abmachung zu treffen, geht schon aus dem Grunde nicht an, weil sich das finanzielle Ergebnis der schätzvollnerischen Verhandlungen des Reichs zur Zeit in keiner Weise übersehen läßt. Erst am Schlusse der zweiten Lesung, nachdem sich die Kräfte auf allen einzelnen Punkten gemessen haben, wird man in dieser Beziehung eine ungefähre Schätzung vornehmen können. Die national-liberale Fraction ist denn auch noch gar nicht in der Lage gewesen, sich mit concreten Vorschlägen zur Wahrung der constitutionellen Rechte des Reichstags zu beschäffigen; am allerwenigsten sind in ihr so stumme Punkte aufgetaucht, wie sie ihr in der da untergekommen werden - von Steuern und Finanzhülle nur eine Reihe von Jahren, Ansparrung für mehrere Jahre u. s. w. Ueberhaupt aber ist es von vornherein wenig wahrscheinlich, daß Herr v. Bismarck sich gerade mit der Erledigung der constitutionellen Frage so sehr beileben werde. Der Hohn, welcher von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bis zum Verfasser von „Graf Bismarck und seine Leute“ über die constitutionelle Forderung ausgesprochen wird, mag freilich mehr ein Ausdruck jener übertriebenen Dienstbefessenheit sein, welche einer besondern Gattung von Sterblichen eigen ist; der genannte Verfasser kann eben nicht gegen seine Natur. Aber das abschließliche Hinwegsehen der „Provincialcorrespondenz“, mehr noch das vollständige Schweigen des Reichstags selbst über die Frage beweist doch, daß man mit derselben zum Mindesten noch nicht im Reinen ist. Da, wenn die constitutionelle Garantie der national-liberalen Partei als Compensationsobject für die Annahme der schätzvollnerischen Steuererhöhungen des Reichs gelten sollte - alsdann müßte sie allerdings, und zwar schon im gegenwärtigen Augenblicke, ein Gegenstand von Compromißverhandlungen sein. Aber wir können nur immer wiederholen: die wirtschaftliche Seite des Zolltarifs ist für die national-liberale Fraction keine Partisanenangelegenheit. Jeder Einzelne wird sich ihr gegenüber frei entscheiden, ohne Rücksicht auf den finanziellen Zweck der Tarifrevision und nach Möglichkeit auch ohne Rücksicht auf politische Dinge. Außerdem kann die fernere Zuficherung eines im Besitze des Reichstags bereits befindlichen Rechts nimmermehr eine Gegenleistung für irgendwelche Leistung sein. Alle diese auf der Hand liegenden Erwägungen ergeben von selbst die Grundlosigkeit der umher-

schwirrenden Compromiß-Mythen, und es bedarf kaum noch der ausdrücklichen Versicherung, daß dieselben, soweit die national-liberale Fraction und speciell die Person des Abg. v. Bennigsen dabei in Frage ist, lediglich erfunden sind. Zu anderen Zeiten mag man derartige, zur Befriedigung der Neugier und Ungebuld erfundene Combinationen für ein harmloses Beginnen halten; der Ernst der gegenwärtigen Situation aber scheint uns doch zu gebieten, das Alles vermieden werde, was die ohnehin vorhandene Verwirrung noch steigern muß.

Berlin, 4. Mai. Ueber den Stand der Compromißverhandlungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Abg. Freiherrn v. Bennigsen, wenn diese Verhandlungen überhaupt eine solche Bezeichnung beanspruchen dürfen, verläßt in inspirierten Kreisen gerade nur so viel, daß man vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht. Was in der einen Zusammenkunft zwischen den Beiden über die constitutionellen Garantien zur Sprache gelangte, kam nicht über die Wenn und Aber hinaus. Man bezweifelt nicht, daß Herr v. Bennigsen, wenn er die national-liberale Partei in der Hand hätte, die Verhandlungen in einer Weise führen würde, welche die Regierung und die Partei zufriedenstellen könnte. Man sieht hinzu - wir wissen nicht, auf welche Autorität hin - daß auch Herr Bismarck der Schaffung eines großen Bassins zustimmen würde, welches dazu bestimmt sein sollte, einige große Conjunctionsartikel aufzunehmen, welche dem Reichstage als eine Garantie für sein Einnahmeverweigerungsrecht anstatt der in Wegfall kommenden Matricularumlagen zu dienen hätten. Aber der überwiegende Theil der national-liberalen Partei hat dem Abg. v. Bennigsen kein Mandat zur Einleitung von Compromißverhandlungen übertragen. Der Gegenstand müßte erst von der Fraction auf die Tagesordnung gestellt werden und über den Ausgang der Beratung wälten nur wenig Zweifel ob. Das Gros der Partei würde sich aus bekannten Gründen dagegen entscheiden. Wie wir indessen hören, hat Herr v. Bennigsen seine unerbittlichen Veruche, eine Verständigung über die Garantiepunkte herbeizuführen, nicht aufgegeben. Er sucht angeblich die Freiconservativen dafür zu gewinnen. Für den Fall, daß eine Zustimmung von dieser Seite erfolgt, ist es noch immer fraglich, ob die Mehrheit der National-liberalen auf ein Compromiß eingehen wird, welches ihnen eine gewisse Verantwortlichkeit für das Zustandekommen des ganzen Tarifs auferlegen würde. Einige ihrer namhaftesten Führer verlangen sogar den Austritt der schätzvollnerischen Mitglieder und drohen mit ihrem eigenen Rücktritt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Mai.
Der gestrigen Soirée beim Fürsten Bismarck - so wird und vom Sonntag aus Berlin geschrieben - wurde in unseren parlamentarischen Kreisen mit einem gewissen Interesse entgegen gesehen, weil man über die Stellung des Centrums, ferner über die constitutionellen Garantien die Rücktrittsgesuche des Finanzministers v. Bredow u. s. w. mehr irgend welche Aufschlüsse zu erhalten dachte. Ein guter Theil dieser Erwartungen ist allerdings nicht in Erfüllung gegangen, wenn auch nicht bestritten werden kann, daß einige Borgänge wie ein einzelnes Licht im großen Kirchraum nur dazu dienen, die Dunkelheit recht sichtbar zu machen. Das Erscheinen des Abg. Windthorst (Weppen) in der Soirée und der zuvorkommende Empfang, welcher diesem ungewohnten Gast seitens des Reichskanzlers zu Theil wurde, regte selbstverständlich die Aufmerk-

heit in hohem Grade an. Man verlor sich in zahlreichen Combinationen über den Gegenstand der intimen Unterredung, die anfangs zwischen den beiden Staatsmännern ohne Zeugen und später in Gegenwart des national-liberalen Abgeordneten Grafen von Flemming geführt wurde. Für die eingeweihten Politiker der Versammlung war es gleichgültig, ob diese Unterredung, wie man wissen wollte, sich bloß auf das Reichsgericht und einige von der Tagesfrage abseits liegenden Gegenstände erstreckte. Für sie war schon allein maßgebend, daß der Chef der Ultramontanen, der besagte Mann in der Wilhelmstraße, der seit Jahren die innere und äußere Politik des Reichskanzlers mit ebenbürtiger Geschick wie Kaiser Wilhelm, zum ersten Male dem Kanzler seine Karte schickte, sofort eine Einladung erhielt, mit blühendem Orchestern des entthronten Königs von Hannover in den Salons des Reichskanzlers erschien und von diesem seiner Gemahlin vorgestellt wurde. Ein wichtiger Abgeordneter meinte bei dieser Gelegenheit, daß der Papst vielleicht den Abg. Windthorst beauftragt habe, dem Reichskanzler seinen Segen zu überbringen. Ob indeß das Compromiß zwischen der Regierung und den Ultramontanen schon bis zu dem Punkte gediehen ist, daß die Finanzhülle ohne irgendwelche constitutionellen Garantien von dem Windthorst und Consorten pure und simple angenommen werden, weil sie die kirchenpolitischen Concessionen bereits in der Tasche haben. Das wollte man unter den Besuchern der Soirée doch wohl bezweifeln. Bis zu dem Zeitpunkte, meinte man, wo die Ultramontanen vor die Alternative gestellt werden, das Ganze des Gesetzes entweder anzunehmen oder abzulehnen, werden jedenfalls die Verhandlungen noch manche Fluctuation erfahren. Dasselbe wollte man auch aus den Andeutungen entnehmen, welche Fürst Bismarck fallen ließ, als er zur späten Stunde in einem engeren Circle, (zu diesem zählten 3 von Puttkamer, Dr. Bill, von Kleist-Retzow u. s. w.) über die brennende Tagesfrage sprach. Aus dem zuvorkommenden Benehmen des Reichskanzlers gegen den Finanzminister v. Bredow wollte man schließen, daß er dessen Vorbehalte, wie er sie in der gestrigen Reichstagsitzung äußerte, nicht in einem dem neuen Finanzprogramme entgegenstehenden Sinne ansah. Dagegen ist auch das Gerücht zerstreut worden, daß der Finanzminister an seinen Rücktritt denke, obgleich von Eingeweihten behauptet wird, daß die Aufrechterhaltung der conventionalen Formen seitens des Kanzlers noch kein Beweis dafür ist, daß einer seiner Minister fest im Sattel sitze. Bezeichnend für die persönliche Stellung, welche der Staatsminister a. D. Dr. Delbrück dem Fürsten Bismarck gegenüber einnimmt, war es, daß er mit seiner Gemahlin in der Soirée erschien. Die eigentlichen Führer der national-liberalen Partei waren übrigens nicht anwesend; ebenso fehlten die Mitglieder der Fortschrittspartei. Der Reichskanzler wurde aber die eifrigstbringige Organisationsfrage interpellirt. Er bezeichnete den Gegenstand als fertig gestellt, nur an den Motiven arbeite noch der Unterstaatssecretär Herzog, diese würden im Laufe dieser Woche vollendet und die Vorlage wird dann sofort im Hause eingebracht werden. Es versteht sich von selbst, daß dieselbe noch im Laufe dieser Session vom Reichstage erledigt werden müsse.
Noch ist der Friede mit Rom nicht geschlossen, aber die Verhandlungen des deutschen Reichskanzlers mit der Curie dauern fort, freilich in längeren Pausen und, wie es scheint, ohne recht vom Fleck zu kommen. Die Friedensliebe des Vatican ist bis jetzt nur platonisch. Die Unterhandlungen werden übrigens in freundlicher Weise geführt. Fürst Bismarck scheint keine große Eile zu haben,

sie zu bringen, da es dem Centrum gegenwärtig nicht in wünschenswerth ist, daß die Ultramontanen noch von ihm zu „hoffen“ haben. Die Herren Sie nur von ihm zu fürchten.

Hannoverschen und die medienburgischen „Conservativen“ werden sich zusammenschließen, um das „preussische Joch“ abzuschütteln und den alten deutschen Bundestag wiederherzustellen. Vielleicht, daß Graf West dabei mitthilt. Die in Hannover erscheinende welfische „Deutsche Volkszeitung“ bringt einen Artikel, in welchem mit seltener Offenheit Aufruf und Empörung geäußert wird. Derselbe enthält die Antwort auf eine Zuschrift aus Medlenburg, deren Inhalt wir nicht angeben brauchen, da er klar genug aus der Erwiderung hervorgeht. Diese lautet in der Hauptsache folgendermaßen:

Die in der Zuschrift proclamirte Solidarität zwischen den medienburgischen wahren Conservativen und den hierländischen acceptiren wir mit der lebhaftesten Sympathie, und haben wir um dieser Gemeinschaft der Gesinnungen willen die Manifestation, gleichsam als auch die untergeordnete hannoverschen Theil unseres Blattes gestellt. Sollte Gott, das gleiche Rundgebunden und auch aus anderen Theilen des theueren deutschen Vaterlandes, namentlich auch aus Süddeutschland, jünger. Wir würden sie bei traurigen als einen Anfang der Besserung der traurigen Zustände im neuen deutschen Reiche, als einen Keim, der da Wurzel treiben, sich verbreiten und heranreifen könnte zu der freien That des deutschen Volkes, von welcher wir, unter mitwirkender Führerschaft der deutschen Fürsten, mit unserem angekommenen Fürsten, dem Herzog Ernst August von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg, die Erlösung erhoffen und erleben werden von dem auf unserem Heimathlande lastenden Joch. Und sollten denn nicht im ganzen großen deutschen Vaterlande auch in anderen Theilen desselben es wahrhaft conservativ Gesinnte, dem Rechte und dem Gottesmorte anhangend, genug geben, die, wie die medienburger Freunde, es auszusprechen wagen, daß sie nur einer traurigen Zwangslage obdachlos, indem sie die Ereignisse von 66 und ff. über sich ergehen lassen, die den Rath länden, es auszusprechen, daß diese Zwangslage nur dann aufhören kann und wird, wenn die, alle schiedliche, bundesgenossenschaftliche Einigung der deutschen Volkstämme unendlich machende, vernichtende Stellung Preußens aufhören wird?

Richte doch das Bewußtsein und die Anschauungsweise unserer medienburger Freunde wachsen und sich verbreiten mehr und mehr im gesammten deutschen Vaterlande! Das wolle Gott!

Prinz Alexander von Battenberg ist am Sonntag Mittag von Berlin in Darmstadt eingetroffen. Der Vater desselben, Prinz Alexander von Hessen, ist mit seiner Gemahlin und dem Prinzen Heinrich von Battenberg, ebenfalls um die Mittagstunde, von Paris dahin zurückgekehrt.

In einem Artikel des „Deutschen Reichers“ werden alle Berichte über die angebliche Unterwerfung resp. Bekehrung des Professors Dr. Dillinger für unbegründet erklärt.

Etwas nebelhaft verschwommene Enthüllungen aus der Diplomatie bringt die letzte hoch-offizielle Wiener „Montagsrevue“. Sie schreibt, die Vorschläge des Grafen Schmaloff betreffs Anbahnung eines neuen Uebergangszustandes in Ostromelien hätten zwar nicht eine Ablehnung seitens des Grafen Andrassy, doch aber Gegenwärtig und Befragungsbefragungen, welche Graf Schmaloff hätte ad referendum nehmen müssen. Das Petersburger Cabinet werde nunmehr entscheiden, ob diese Einwendungen als eine geeignete Basis für eine endgiltige, allseitig anerkannte Abmachung betrachtet werden. Was der österreichisch-ungarischen Regierung als die wesentlichste Bedingung